

100
JAHRE
1924 bis 2024

IK Landwirtschaftskammer
Salzburg

*Gut vertreten
seit Generationen!*

Im Dienste des Bauernstandes



Silierversuche im Lungau 1958

Auf dem Weg zur Schaffung einer funktionsfähigen Interessenvertretung der Land- und Forstwirtschaft leistete Salzburg Pionierarbeit. Vor 100 Jahren wurden mit der Errichtung des Landeskulturrates die gesetzlichen Grundlagen für eine bäuerliche Interessenvertretung geschaffen. In einer Zeitreihe wirft der „Salzburger Bauer“ einen Blick auf die Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft seit der Bauernbefreiung im Jahr 1948.



Salzburg schmeckt



SALZBURG AG



Raiffeisen Salzburg

1848

Das Revolutionsjahr

Am 26. Juli und 8. August bringt Hans Kudlich im Wiener Reichstag Anträge ein, die eine Ablösung der grundherrlichen Lasten mit sich bringen. 15 Millionen Bauern in Österreich und Ungarn erhalten erstmals persönliche und wirtschaftliche Freiheit.



1850



Lithografie von Edmund Kneber

1850

k.k. Landwirtschaftsgesellschaft

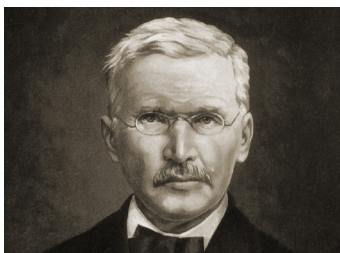
Das Land Salzburg erlangt als eigenes Kronland mit eigenen Behörden wieder seine Selbstständigkeit. Salzburg hat zu diesem Zeitpunkt 145.809 Einwohner – 80 Prozent davon sind bäuerliche Bevölkerung. Im gleichen Jahr wird die k.k. Landwirtschaftsgesellschaft gegründet: ein Verein, dessen Hauptaufgabe darin besteht, durch Belehrung und Beispiele zur Verbesserung der Landwirtschaft beizutragen, das Ständebewusstsein zu heben und der Staatsverwaltung Vorschläge zur Förderung der Landeskultur zu machen.

1868

Aufhebung des Bestiftungszwanges

Bauerngüter werden frei teilbar; sie können vergrößert, verkleinert oder verpachtet werden. Viele Höfe werden geteilt, manche büßen die wirtschaftliche Lebensfähigkeit ein, andere wiederum fallen „Wucherrern“ zum Opfer. Die Zinsen betragen oftmals bis zu 120 Prozent/Jahr.

Die Idee des deutschen Verwaltungsbeamten Friedrich Wilhelm Raiffeisen findet in dieser Zeit viele Anhänger. 1890 wird in Taxenbach die erste „Spar- und Darlehenskasse nach dem System von Raiffeisen“ gegründet.



1860



1896

Organisierte Zucht gewinnt an Bedeutung

Unter den Fürsterzbischöfen wird der Rinderzucht in Salzburg keine große Aufmerksamkeit geschenkt. Erst mit dem Anschluss an die Österreichisch-Ungarische Monarchie und der Gründung der k.k. Landwirtschaftsgesellschaft gewinnt die Rinderhaltung für die Ernährung der Bevölkerung an Beachtung. 1896 werden die ersten Rinderzuchtgenossenschaften in Niedersill und Uttendorf gegründet. Im gleichen Jahr wird das erste Gesetz zur Förderung der Rinderzucht, das Stierkörungsgesetz, erlassen.

1909

Bund kauft das Schloss Winkl

Der Bund kauft das günstig gelegene Schloss Winkl in Oberalm auf und richtet eine zweijährige Winterschule ein. 1924 folgt die Gründung der Landwirtschaftsschule in Bruck im Pinzgau und 1926 der Bau einer landwirtschaftlichen Haushaltungsschule in Oberalm.

Ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wird landwirtschaftliches Wissen vor allem durch Wanderlehrer, durch Betriebsbesichtigungen und „Belehrungen“ vermittelt. Ab 1888 gibt es auch Viehausstellungen mit Prämierungen und Preisverleihungen.



1900



1921

Erster Entwurf einer Berufsvertretung

Der im November 1921 vorgelegte Entwurf eines Land- und Forstwirtschaftskammergesetzes wird in der Folge mehrfach überarbeitet. Vorgesehen wäre eine Gliederung der Kammer in eine Landwirtesektion, eine Forstwirtesektion und eine Arbeitnehmersektion. Die Beschlussfassung über den Gesetzentwurf scheitert schließlich an der Frage, wie die Land- und Forstarbeiter in die Kammer einbezogen werden.

1924

Beschluss für den Landeskulturrat

Der Landtag beschließt am 31. Jänner das „Gesetz über den Salzburger Landeskulturrat und dessen Bezirksgenossenschaften“. Durch das Landwirtschaftskammersystem wird die gesamte Land- und Forstwirtschaft des Landes durch direkte Urwahl zu einer autonomen Interessenvertretung mit Umlagerecht und mit entsprechenden Unterorganisationen zusammengefasst.

Der Salzburger Landeskulturrat nimmt



1920

1930er

Salzburg im Sog der Weltwirtschaftskrise

Österreich gerät immer mehr in den Sog der Weltwirtschaftskrise: Die Preis-Kosten-Schere öffnet sich und wird für viele Betriebe existenzbedrohend. Während die Preise für land- und forstwirtschaftliche Produkte, insbesondere für pflanzliche, stark verfallen, wachsen gleichzeitig die Gesteigungskosten.

1934

Servitutsrechte für die Bauern

Ein jahrzehntelanger Kampf gegen die Einschränkungen der Waldstreu führt zu einer gesetzlichen Regelung im Wald- und Weideservitutengesetz. Es wird vom Landtag aufgrund eines Bundesgrundsatzgesetzes vom 30. Juni 1933 beschlossen und tritt am 1. März 1938 in Kraft. Es bleibt auch während der deutschen Besatzung unangetastet in Kraft.

mit Wirkung vom 1. August 1924 seine offizielle Tätigkeit auf und löst die seit 1848 bestehende Salzburger Landwirtschaftsgesellschaft ab. Die bis dahin bestehenden 110 Filialen werden durch 22 land- und forstwirtschaftliche Bezirks-genossenschaften jeweils für einen Gerichtsbezirk ersetzt, die ebenfalls als Körperschaften des öffentlichen Rechts eingerichtet sind.

Die Leitung des Kammeramtes übernimmt der Agrar-Jurist Dr. Karl Grassberger, der die Stelle eines Kammeramtsdirektors bis zum Jahre 1938 innehat.

Landtagsabgeordneter Johann Lackner, Zehenthofbauer in Altenmarkt, wird 1924 zum ersten Präsidenten des Salzburger Landeskulturrates gewählt.



Foto: Familie Lackner

1938

Reichsnährstand in der NS-Zeit

In Österreich tritt das deutsche Reichsnährstandsgesetz in Kraft. An die Stelle der bestehenden Landwirtschaftskammern (Landeskulturräte) tritt als deren Rechtsnachfolger der Reichsnährstand. Die Landesbauernschaft „Alpenland“ umfasst die Gaue Salzburg und Tirol-Vorarlberg. Sitz ist in Salzburg das neue Borromäum – das erzbischöfliche Gymnasium in der Gaisbergstraße, das in der NS-Zeit zum Gaismairhof umbenannt wird. Die Ostmark wird in drei Landesbauernschaften unterteilt. Die Kreisbauernschaften Salzburg (Flachgau und Tennengau), Markt Pongau, Zell am See und Tamsweg gehören zur Landesbauernschaft „Alpenland“.



1937

40 neue Käsereien-genossenschaften

Im Bundesland Salzburg entstehen bis zum Jahre 1937 rund 40 genossenschaftliche Käsereianlagen, die zum Teil an Milchkäufer verpachtet sind. Um die Jahrhundertwende gibt es im Raum Salzburg knapp 120 Käsereien – diese werden allerdings bis in die 30er-Jahre als Interessengemeinschaften geführt. Die Neuorganisation der Verarbeitung führt rasch dazu, dass der Inlandsbedarf an Milch und Milchprodukten gedeckt werden kann.



1930



1934

Der Landeskulturrat wird neu organisiert und übersiedelt in die Schwarzstraße

Der Landeskulturrat wird umorganisiert, Berufsstände erhalten mehr Rechte. Der Salzburger Bauernbund wird als Berufskörperschaft errichtet, er ist eine Einrichtung des öffentlichen Rechts und mit der Selbstverwaltung des Bauernstandes beauftragt. Beschlüsse werden im Landesbauernrat gefasst, wo nicht nur Bäuerinnen und Bauern, sondern auch Arbeitnehmer vertreten sind. Die „Gewaltenteilung“ sieht vor, dass der Bauernbund mit seinem Landesbauernführer die politischen Agenden vollzieht und auch für die alltäglichen Angelegenheiten und die Beschlüsse des Landesbauernrates zuständig ist und die Landwirtschaftskammer, die an die Stelle des Landeskulturrates getreten ist, für die wirtschaftlichen Belange zuständig ist.

Zur räumlichen Unterbringung der neu geschaffenen „Landwirtschaftskammer“ wird von der k. k. Landwirtschaftsgesellschaft Salzburg nach deren Auflösung das von ihr im Jahre 1917 gekaufte Haus Schwarzstraße 19 übernommen. In diesem Haus steht allerdings nur das Erdgeschoß und der 1. Stock als Kanzleiräume zur Verfügung, während der 2. Stock von Mietparteien besetzt ist.

1938

Entschuldungsdarlehen und das Reichserbhofgesetz

In den 1930er-Jahren hat sich ein Teil der Bauern hoch verschuldet. Schon kurz nach der Machtübernahme 1938 kommt es zu massiven Kredit- und Subventionsaktionen. Das Gesetz zur „Aufhebung der Zwangsversteigerungen von Liegenschaften“ verbietet eine Versteigerung während eines Entschuldungsverfahrens. Die Entschuldungsdarlehen werden in einer Laufzeit von 30 bis 50 Jahren und zu sehr günstigen Zinszuschüssen gewährt.

Mit dem Reichserbhofgesetz werden Höfe mit der Größe einer sogenannten „Ackernahrung“ (ca. 7,5 ha) als Erbhof anerkannt. Die „zukunfts-fähigen“ Bauernhöfe sollten so vor Überschuldung und Zersplitterung im Erbgang geschützt werden. Das Gesetz bringt aber auch ein Veräußerungsverbot mit sich. Durch die nachfolgende „Grundstücksverkehrsbeamtung“ wird vom Regime der gesamte land- und forstwirtschaftliche Grundverkehr kontrolliert – das betrifft auch Nicht-Erbhof-Flächen.

1940



Bundesarchiv, Bild 183-E-10750 / Hoffmann

1940

Kriegsgefangene als Arbeitskräfte

Durch den Kriegsdienst fehlen in der Landwirtschaft viele Arbeitskräfte. Ab 1940 werden in Salzburg 3.500 polnische Kriegsgefangene zur Zwangsarbeit eingesetzt.

1945

Landeskulturrat wird wieder eingesetzt

Mit der Aufhebung der Reichsnährstandsgesetzgebung treten die früheren Rechtsvorschriften über die gesetzlichen Interessenvertretungen der Land- und Forstwirtschaft wieder in Wirksamkeit, somit auch das Salzburger Gesetz über den Landeskulturrat aus 1924. Dieses wird durch das am 10. März 1949 beschlossene Salzburger Landwirtschaftskammergesetz abgelöst.

Der frühere Staatssekretär Barthlmä Hasenauer, Stoffenbauer aus Maishofen im Pinzgau, wird als kommissarischer Präsident mit der Wiedererrichtung der Kammer beauftragt. In dieser Eigenschaft beruft er den Ministerialrat im Land- und Forstwirtschaftsministerium, Dipl.-Ing. Albert Hochleitner, späterer Landeshauptmann, zum neuen Kammeramtsdirektor.



46/47

Marshallplan: Wiederaufbau mit Unterstützung der USA

Die Ernährungslage der Bevölkerung spitzt sich nach dem Krieg enorm zu. Die Viehbestände sind stark reduziert, der Nahrungsmittelbedarf kann bei Weitem nicht gedeckt werden. Durch zwei aufeinanderfolgende Dürrejahre fällt die Ernte schlecht aus, durch die knappe Futtermittelsversorgung muss zusätzlich Vieh verkauft werden.

Salzburg wird durch die amerikanischen Besatzer begünstigt. Ein Hilfsprogramm aus 1949 soll vor allem die Pflanzenproduktion ankurbeln. 1947 wird es vom European Recovery Program (ERP) abgelöst, das US-Außenminister George Marshall initiiert (Marshall-Plan). Das europäische Wiederaufbauprogramm ist auf eine Laufzeit von vier Jahren bemessen. Es sollte nicht nur die europäische Wirtschaft aufrichten, sondern der amerikanischen Wirtschaft auch kaufkräftige Partner verschaffen.



1951

Maishofen wird Salzburger Zentrum für Zuchtvieh

In der Geschäftsstelle des Rinderzuchtverbandes in Zell am See wird nach der Gründung des Verbandes der Platz schnell knapp. Die Wahl des neuen Standorts fällt auf Maishofen. Ein Landesgesetz fixiert bereits 1896 Maishofen als Ort für den zentralen Herbststiermarkt. Damit wird Maishofen in Züchterkreisen sehr rasch weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt. Bereits 1941 wird von der Gemeinde Maishofen ein 10.000 m² großes Grundstück erworben. In zwei Bauetappen werden von 1949 bis 1952 für rund 2,9 Millionen Schilling Verwaltungsgebäude, Stallungen für 200 Rinder und eine Versteigerungshalle errichtet. Kammeramtsdirektor Dr. Gfrerer ermöglicht den Zugang zu ERP-Mitteln in Gesamthöhe von 900.000 S. Am 23. September 1951 kann die neue Verbandsanlage im Rahmen einer Gauausstellung feierlich eröffnet werden.



1940



1950



1946

„Salzburger Bauer“ erscheint erstmals

Am 1. September 1946 erscheint erstmals der „Salzburger Bauer“. Die Wochenzeitung der Landwirtschaftskammer ist fortan ein fachlicher Wegbegleiter in vielfältigen Fragen der Land- und Forstwirtschaft, in Fragen der politischen Kommentierung und er informiert über Marktpreise ebenso wie über neue technische Entwicklungen.

1949

Isidor Grießner wird neuer Präsident

Nach der gesetzlichen Neuordnung und der ersten Nachkriegswahl im Jahre 1949 wird Nationalratsabgeordneter Isidor Grießner, Gaisstätgutbauer aus Fusch a. d. Glocknerstraße, zum Präsidenten der Salzburger Landwirtschaftskammer gewählt, der diese Funktion bis 1970 ausübt.

1951

Aus 4-H-Clubs entsteht die Landjugend

Landwirtschaftliche Fach- und Berufsschullehrer übernehmen nach 1945 in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaftskammer von der amerikanischen Besatzungsmacht die bäuerliche Jugendorganisation der 4-H-Clubs (head, hands, heart and health – zu Deutsch: Kopf, Hand, Herz und Gesundheit). Die Methodik lautet „Lernen durch Tun“ und stellt sich verständlicherweise zunächst Aufgaben der Ernährungssicherung. Der Jugend soll der Hunger erspart bleiben, doch muss sie dafür selbst Hand anlegen. Im Herbst des Jahres 1951 wird die Betreuung der 4-H-Clubs an die Landwirtschaftskammer übergeben und in „Landjugend“ umbenannt.

1953

Technisierung nimmt rasant zu

Gut bezahlte Arbeitsplätze in Industrie und Gewerbe lassen innerhalb von zehn Jahren ein Drittel der in der Landwirtschaft hauptberuflich Tätigen in andere Berufe abwandern. Durch die aufkommende Technisierung steigt die Agrarproduktion jährlich dennoch um ein Prozent.

1953 sind in Salzburg erst 1.850 Traktoren im Einsatz – 25 Jahre später sind es bereits 12.414. Die Zahl der Stallmiststreuer steigt im selben Zeitraum von 55 auf 5.329, die der Mäh-drescher von zwei auf 347 Maschinen.

1960

Viele Höf haben noch keine Zufahrt

Noch immer verfügen 3.000 von 13.900 Höfen in Salzburg – das ist immerhin ein Fünftel – über keinen zufriedenstellenden Zufahrtsweg. Ab 1960 führt die Landwirtschaftskammer eine Hofzufahrtsaktion durch, bei der etwa 40 bis 50 Projekte jährlich ausgeführt werden können. 1963 wird der Verband der Güterweggenossenschaften im Bundesland Salzburg (GWEV, Güterwegerhaltungsverband) gegründet. Der GWEV verfügt über einen eigenen Bauhof und eine Schlosserei.



1969

Der Waldverband wird gegründet

Ein Proponentenkomitee aus 15 Flachgauer Waldbesitzer gründet den Waldverband. Den Vorsitz führt der Bezirksbauernkammerobmann Josef Eder. Zum ersten Obmann wird Max Rosenstatter gewählt, der diese Funktion im Jahr 2000 an Ök.-Rat Rudolf Rosenstatter übergibt. Der Waldverband konzentriert sich in den Anfängen auf die Vermarktung des Industrieholzes, später etabliert sich aufgrund der Schließung von kleinen Sägewerken auch der Verkauf von Sägerundholz. Zusätzlich zur Wegbereitung von Hackschnitzel- und Biomassefernhelzwerken wird für den überbetrieblichen Einsatz das Forstservice von Ortswaldhelfern auf Regionalwaldhelfer umgestellt.



1971

Nationalpark entsteht in Etappen

Formal wird die Errichtung des Nationalparks Hohe Tauern mit der Unterzeichnung der Dreiländer-Ver einbarung durch die drei Landes- hauptleute von Kärnten, Salzburg und Tirol in Heiligenblut am 21. Oktober 1971 beschlossen. Die einzelnen Um- setzungsschritte dauern in den drei Ländern unterschiedlich lang und ziehen sich zum Teil über mehrere Etappen hin. Auf Salzburger Gebiet gilt als gesetzliche Grundlage für den Nationalpark Hohe Tauern das Natio- nalparkgesetz Hohe Tauern, ein Lan- desgesetz. Die Bauern und Grund- besitzer schließen sich 1975 zu einer Schutzgemeinschaft zusammen, wo- durch sie entsprechendes Gehör bei den Verhandlungen finden.



1975

Viehexporte werden schwieriger

Die Abschöpfungs- und Restrik- tionsmaßnahmen der EG-Marktor- dnung wirken sich in den Folgejahren immer deutlicher aus. Bereits 1973 kommen die Schlachtrinderexporte infolge der hohen Abschöpfungen nahezu zum Erliegen, die Preise auf den österreichischen Inlandsmärkten brechen ein. Eine verstärkte und schwerpunktmäßige Förderung der Schlachtrinderexporte sowie Ent- lastungsmaßnahmen auf den In- landsmärkten bringen eine gewisse Erleichterung, doch müssen sich die Exporteure zwangsläufig nach neuen Märkten für Schlachtrinder umsehen, die im Libanon, in Libyen und anderen Mittelmeerstaaten gefunden werden.



1970



1965

Eine bessere soziale Absicherung

Erst im Jahr 1965 wird in Österreich die Bauernkrankenversicherung eingeführt. Für Arbeiter gibt es seit dem Krankenversicherungsgesetz von 1889 eine gesetzliche Krankenversicherung. Für die Bauern besteht ab dem Jahr 1929 ein Sozialschutz, allerdings nur in der Unfallversicherung. Erst 1969 kommt eine allgemeine Bauernpensionsversicherung – nicht nur zur Freude aller Bauern, da die einbezahlten Versicherungsprämien das Einkommen schmälern. 1974 vereinigen sich die Bauernkrankenkasse, die Land- und Forstwirtschaftliche Sozialversicherungsanstalt sowie die Pensionsversicherungsanstalt der Bauern zur Sozialversicherungsanstalt der Bauern.

1971

Nach beinahe einhundert Jahren entspannt sich die Frage nach der Rasse

Im Jahr 1873 wird per Erlass der k.k. Landesregierung festgelegt, dass die Staatssubventionen zur Hebung der Rindviehzucht ausschließlich zur Prämierung guten Zuchtmaterials sowie zum Ankauf von Zuchtstieren nur mehr der reinen Pinzgauer-Rasse zu vergeben seien. Damit wird de facto das Land Salzburg zum Reinzuchtgebiet für die Rasse Pinzgauer erklärt. Bereits in den 1950er-Jahren flammt immer wieder die Forderung nach einer Aufhebung dieses Rassemonopols auf. Noch in den 50er-Jahren werden gegen einige Landwirte im Flachgau wegen der Haltung von Fleckvieh Verwaltungsstrafen ausgesprochen. 1962 kommt es zur Gründung des Vereins der Salzburger Fleckviehzüchter. Unter der Obmannschaft von Ök.-Rat Martin Schifferegger spricht sich 1969 der Beirat des Zuchtverbandes dafür aus, den Widerstand gegen eine Lockerung des sogenannten „Rassenparagrafen“ aufzugeben, und so leitet der spätere Kammerpräsident die Novellierung des Tierzuchtgesetzes in die Wege.

Das neue Gesetz für die Rinderzucht in Salzburg tritt am 21. September 1971 in Kraft und hebt die Einteilung in Zucht- und Haltungsgebiete ebenso auf wie die Rassenbeschränkung. Neben Reinzucht wird nun auch Kreuzungszucht möglich.

1978

Milchquoten sollen Produktion bremsen

In Salzburg erreicht im Jahr 1977 die Milchlieferung durch die Dis- kussion über die Einführung einer Quotenregelung mit 192.527 t einen Höhepunkt. Ein Ziel der Einführung des Richtmengensystems ist es, die seit 1975 rasch steigenden Über- schüsse einzubremsen. Das neue Richtmengensystem ist allerdings von Anfang an damit belastet, dass zu viele Lieferrechte vergeben werden (Zuteilung durch Härtefall- runden sowie Quoten für Neuein- steiger). Erst nach 1984 kann durch die Rückkaufaktion des Bundes und zwei Milchlieferverzichtsaktionen die Summe der Einzelrichtmengen spürbar reduziert werden.

1977

Heffterhof wird zum Bildungszentrum

1951 erwirbt die Kammer einen Teil der Schmederer-Gründe in Salzburg-Parsch und errichtet darauf ein Aus- und Fortbildungszentrum, das 1977 eröffnet wird. Bereits ein Jahr später muss das Hotel um einen Stock und auf 45 Betten erweitert werden. Im Heffterhof findet auch die Landmaschinenschule Platz, die 1952 ins Leben gerufen wird. Im Jahr 1977 zählt man mehr als 1.200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. 1989 wird der Heffterhof erneut umgebaut und stark erweitert.



1980



1982

Pinzgauerkongress

Der Pinzgauer-Weltkongress mit viel internationalem Besuch findet in Salzburg statt. Es werden Betriebe im Flachgau und im Pinzgau besucht.



Neue Besamung in Kleßheim

Die Landwirtschaftskammer eröffnet in Kleßheim den Neubau der Besamungsanstalt und des Milchlabors.

1988

Der Milchmarkt wird geöffnet

Der österreichische Milchmarkt ist in hohem Maß reglementiert. Als zentrale Lenkungsstelle fungiert seit 1950 der Milchwirtschaftsfonds, in dem die Sozialpartner paritätisch vertreten sind. Bereits 1952 wird eine staatliche Milchpreisstützung eingeführt, 1956 wird diese von 20 auf 50 Groschen je Liter erhöht. 1971 hat ein Konsument für einen Liter Milch 4,50 Schilling zu bezahlen. Die Staatszuschüsse steigen auf 462 Millionen Schilling pro Jahr.

Doch die jahrzehntelange Abschirmung vor dem in- und ausländischen Wettbewerb führte zu versteinerten Strukturen, das gesamte System wird immer bürokratischer, schwerfälliger und kaum noch zu durchschauen. Die Novellierung der Milchmarktordnung 1988 mit einer deutlichen Liberalisierung ist bereits ein vorbereitender Schritt hin zum EU-Beitritt.



1990



1995

Österreich tritt der EG bei

Die EG schottet ihre Märkte seit Ende der 70er-Jahre immer mehr ab, ab 1987 wird in Österreich der Beitritt öffentlich diskutiert. In der großen Koalition haben sich Industrie und Arbeitnehmer rasch auf einen Beitritt eingestimmt, die Landwirtschaft muss mit. 1989 wird der Beitrittsantrag gestellt und ab sofort werden die agrarpolitischen Maßnahmen auf EU-Kompatibilität überprüft. Druck üben auch die GATT-Verhandlungen aus – auch ohne EU-Beitritt hätte es massive Änderungen im Agrarsystem gebraucht. Mit dem EG-Beitritt werden die Agrarmärkte schlagartig geöffnet, die Erzeugerpreise fallen sofort stark ab. Die Verluste (ca. 30 % bei Milch, 20 % bei Vieh) werden durch Ausgleichszahlungen abgedeckt, die allerdings nach vier Jahren auslaufen. Österreichs Bauern erhalten sofort auch flächenbezogene GAP-Ausgleichszahlungen, Ausgleichszahlungen für das Berggebiet und die benachteiligten Gebiete. Neu dazu kommt auch das Agrarumweltprogramm in Säule 2, das bis heute besteht.

Bei der Landwirtschaftskammerwahl 1995 geht Franz Ebl vom Salzburger Bauernbund als Sieger hervor. Er folgt Siegfried Embacher nach, der seit 1991 Präsident der LK ist.

1999

EU beschließt die Agenda 2000

Mit der Agenda 2000 beschließt die EU ein umfangreiches Aktions- und Reformprogramm, um im Hinblick auf die bevorstehende Ost-Erweiterung der EU 2004 fit zu werden. Die bäuerliche Interessenvertretung kämpft massiv dagegen an: Die Stützpreise für Rindfleisch sollen um etwa 30 %, für Getreide um 20 % und für Milch um 15 % gesenkt werden. Bis spätestens 2007 muss eine Entkopplung der Preise erfolgen. Der Einkommensverlust soll durch Direktzahlungen, die unabhängig von der produzierten Menge sind, ausgeglichen werden. In der GAP werden zudem Umweltziele stärker berücksichtigt.



2000



2001

Erster BSE-Fall in Österreich

Alle Schlachtrinder müssen auf BSE untersucht werden. Bis 2010 werden in Österreich insgesamt acht Fälle festgestellt. 2012 wird Österreich offiziell als Land mit „vernachlässigbarem BSE-Risiko“ anerkannt.

Bereits 2001 tritt europaweit ein Verfütterungsverbot für tierisches Eiweiß in Kraft. 1986 treten in Großbritannien erstmals BSE-Infektionen in größerem Maß auf. Mindestens 177 Menschen sterben. Über vier Millionen Rinder werden geschlachtet, schätzungsweise 180.000 Tiere verenden an BSE.



2008

Milchliefrestreik auch in Salzburg

Viele Salzburger Bäuerinnen und Bauern beteiligen sich am Boykott und leeren die Milch weg. Anfang Juni endet ein Milchgipfel, zu dem Landwirtschaftskammer-Präsident Franz Eßl Vertreter der Milchbauern und der Milchverarbeiter einlädt, ohne Ergebnis. Eine Preisverbesserung kann durch den Milchstreik nicht erreicht werden.

2011

Neue BBK in St. Johann

Die Bezirksbauernkammer St. Johann übersiedelt in das neu errichtete Bürogebäude am alten Standort in der Ing.-Ludwig-Pech-Straße.



2016

Neue BBK in Maishofen

Die Landwirtschaftskammer errichtet gemeinsam mit dem Maschinenring Pinzgau ein Holzgebäude und schafft damit in Maishofen direkt am Areal des Rinderzuchtverbandes ein neues bäuerliches Kompetenzzentrum. Nach knapp sieben Monaten Bauzeit wird es im Jänner 2017 bezogen. Die Bausumme von 2,4 Mio. Euro netto kommt beinahe ausschließlich regionalen Unternehmen zu Gute.



2019

Entleitner folgt Hölzl als Landesbäuerin

Claudia Entleitner, Bauernbäuerin aus Piesendorf, wird im Oktober 2019 zur neuen Salzburger Landesbäuerin gewählt. Sie folgt Elisabeth Hölzl nach, die 15 Jahre lang an der Spitze der Bäuerinnenorganisation stand.

Bei der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer im März 2022 erfolgt dann auch der Wechsel an der Führungsspitze der LK: Vizepräsidentin Ök.-Rätin Elisabeth Hölzl übergibt ihr Amt an Landesbäuerin Claudia Entleitner aus Piesendorf.



2010



2020

2004

Nitrataktionsprogramm

Das neue Nitrataktionsprogramm tritt in Kraft. Bereits 2008 wird es novelliert. Es werden Verbotszeiträume für die Düngung in den Wintermonaten eingeführt – dies führt zu heftigen Diskussionen in der Bauernschaft. Die Aufbringung von stickstoffhaltigen Düngemitteln (Mineraldünger, Gülle, Jauche, Klärschlamm) ist von 15. November bis 15. Februar auch auf Flächen mit Gründücke verboten. Stallmist, Kompost und Klärschlammkompost dürfen bis zum 30. November eingesetzt werden.

2015

Die Milchquotenregelung endet

Ursprünglich sollten in der EU die Milchquoten fünf Jahre nach der Einführung auslaufen, aber diese Frist wird mehrmals verlängert. Im Zuge der GAP-Reform von 2003 wird ein schrittweises Auslaufen der Regelung bis 2015 beschlossen. Hauptgründe sind der erhebliche Anstieg des Verbrauchs an Milcherzeugnissen auf dem Weltmarkt, die Erzeuger in der EU können auf diesen Nachfrageanstieg nicht reagieren.

In Österreich wird das Auslaufen der Milchquotenregelung heftig kritisiert. Mehr als drei Viertel der österreichischen Milcherzeugerinnen und -erzeuger wünschen sich eine Verlängerung. Der Erzeugerpreis für konventionelle Milch sinkt im März 2016 auf rund 28 Cent netto. Das Thema Preisverfall dominiert auch die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer.

2018

Rupert Quehenberger folgt Franz Eßl nach

Bei der Vollversammlung der LK Salzburg wird Rupert Quehenberger, Holzerbauer aus Annaberg (Tennengau), zum neuen Präsidenten gewählt. Er folgt damit Abg. z. NR Franz Eßl als Präsident nach, der 24 Jahre lang an der Spitze der Landwirtschaftskammer stand.

2022

Neue BBK in Hallein

Die Bezirksbauernkammer Hallein übersiedelt: Das dreigeschossige Bürogebäude wird nach allen Regeln der Nachhaltigkeit errichtet, 560 Kubikmeter Fichten- und Lärchenholz werden verbaut. Das Gebäude ist in der Holzoffensive des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft ein Leuchtturmprojekt.

Präsidenten der Landwirtschaftskammer Salzburg nach 1945

1945 bis 1950:	Bartholomäus Hasenauer
1950 bis 1970:	Isidor Grießner
1970 bis 1980:	Martin Schifferegger
1980 bis 1987:	Richard Dürnberger
1987 bis 1991:	Georg Schwarzenberger
1991 bis 1995:	Siegfried Embacher
1995 bis 2018:	Franz Eßl
2018 bis heute:	Rupert Quehenberger

Die Gründungsgeschichte der Landwirtschaftskammer Salzburg

Auf dem Weg zur Schaffung einer funktionsfähigen gesetzlichen Interessenvertretung der Land- und Forstwirtschaft leistete Salzburg neben Niederösterreich, wo schon 1922 ein Landwirtschaftskammergesetz geschaffen wurde, Pionierarbeit.

Die k.k. Landwirtschaftsgesellschaft als Vorläufer

Vorläuferorganisation der Landwirtschaftskammer war die seit 1848 bestehende k.k. Landwirtschaftsgesellschaft, die als freiwilliger Verein organisiert war. Oft fehlten die notwendigen Mittel zur Erhaltung eines bescheidenen Verwaltungsapparates, dies war stark von der Persönlichkeit der jeweils leitenden Funktionäre abhängig, die fast durchwegs aus den Kreisen der Gutsbesitzer kamen.

Erster Entwurf fand 1921 keine Mehrheit im Landtag

Bereits am 22. November 1921 legte die Landesregierung dem Landtag den Entwurf eines Land- und Forstwirtschaftskammergesetzes vor. Dieser sah allerdings vor, dass die Mitglieder (Kammerräte) der Landeskammer nicht durch direkte Urwahl seitens der Kammerzugehörigen, sondern durch die Funktionäre der Bezirksgenossenschaften gewählt werden sollten. Dies fand allerdings keine Mehrheit, in der Folge wurde der Gesetzentwurf umgearbeitet und am 1. Dezember 1922 neuerlich dem Landtag vorgelegt. Die Beschlussfassung scheiterte schließlich an der Frage, in welcher Weise die Land- und Forstarbeiter in die Kammer einbezogen werden sollten – vorgesehen war nämlich die Gliederung der Kammer in eine Landwirtesektion, eine Forstwirtesektion und eine Arbeitnehmersektion.

Beschluss für einen Salzburger Landeskulturrat im Jahr 1924

Das schließlich am 31. Jänner 1924 beschlossene „Gesetz über den Salzburger Landeskulturrat und dessen Bezirksgenossenschaften“ (LGBl 17/1924) regelte, dass der Landeskulturrat die gesetzliche Berufsvertretung der in der Land- und Forstwirtschaft selbstständig tätigen Personen, der im Betrieb ständig beschäftigten Familienangehörigen sowie der „Austragsbauern“ ist. Salzburg hatte damit nach Niederösterreich im Jahr 1924 eine voll funktionsfähige Kammerorganisation für die Land- und Forstwirtschaft geschaffen.

Alle Mandate bei der ersten Wahl für die großen Bauernbünde

Die erste Ausschreibung zu Wahlen in den Salzburger Landeskulturrat erfolgte am 7. April 1924. Das aktive Wahlrecht war von einem Grundbesitz von mindestens einem halben Hektar abhängig. Dominiert haben die großbäuerlichen Schichten mit dem Katholischen Bauernbund und dem Deutschnationalen Landbund mit 96 % Stimmenanteil. Um den Einzug der Sozialdemokraten zu verhindern, kandidierten die beiden großen Bauernbünde gemeinsam auf einer Liste. Sie erreichten bei den Wahlen am 27. April 1924 somit auch alle 16 Mandate in der Vollversammlung.

Der Salzburger Landeskulturrat nahm mit Wirkung vom 1. August 1924 seine offizielle Tätigkeit auf und löste die Salzburger Landwirtschaftsgesellschaft ab. Er übernahm auch deren bestehende Einrichtungen. Die bis dahin bestandenen 110 Filialen wurden durch land- und forstwirtschaftliche Bezirksgenossenschaften ersetzt.

Umbenennung in Landwirtschaftskammer im Jahr 1936

Die Bezeichnung „Salzburger Landwirtschaftskammer“ taucht erstmalig im Landesgesetz vom 24. März 1936, LGBl 59/1936, über die Einrichtung des Berufsstandes Land- und Forstwirtschaft auf. Im Zuge der von Dollfuß angestrebten berufsständischen Ordnung sollten in den Ländern Landesbauernbünde als Körperschaften des Berufsstandes Land- und Forstwirtschaft eingerichtet werden, denen die eigentliche Interessenvertretung oblag. Daneben sah das Gesetz die Einrichtung einer – ausdrücklich so genannten – „Landwirtschaftskammer“ vor, die im Wesentlichen auf die Besorgung wirtschaftlicher Aufgaben reduziert wird (Förderung der Erzeugung, Bereitstellung von Betriebsmitteln, Verwertung der Erzeugnisse). Darüber hinaus sollte die Landwirtschaftskammer die Bauern in allen einschlägigen Fragen beraten und Aufgaben der staatlichen Verwaltung im übertragenen Wirkungsbereich übernehmen. Das Modell wurde allerdings nie umgesetzt.

Auch in Salzburg übernahm 1938 der Reichsnährstand die Rechtsnachfolge vom Landeskulturrat. Erst 1945 traten mit der Aufhebung der Reichsnährstandsgesetzgebung die früheren Rechtsvorschriften wieder in Kraft, somit auch das Salzburger Gesetz über den Landeskulturrat. Dieses wurde durch das am 10. März 1949 beschlossene Salzburger Landwirtschaftskammergesetz abgelöst, das den Grundstein für die heute bestehende Kammerorganisation bildet.



Das Gebäude der Landwirtschaftskammer Salzburg vor dem Umbau 1958. Wo damals die Autos parkten, befindet sich heute die Abfahrt zur Raiffeisengarage.